

"Boykottiert Israel !“ - Oder wenn Antisemitismus an Hochschulen konkret wird

von Antonia Berger

Ein Fall

Im April 2002 veröffentlichte die britische Zeitung "The Guardian“ einen Leserbrief des Professorehepaars Rose, in welchem die beiden zu einem Moratorium der Wissenschafts- und Kulturbereihungen zwischen Europa und Israel aufriefen, solange bis Israel sich an die UN-Resolutionen halte und ernsthafte Friedensgespräche mit den Palästinensern beginnen würde. So sollten alle Verbindungen zu Israel auf internationaler und nationaler Ebene abgebrochen werden. Diese Petition zählte zu Beginn 125 ErstunterzeichnerInnen, schon einige Monate später kamen 500 weitere dazu. Es blieb jedoch nicht bei Verlautbarungen.

Auf Worte folgen Taten

Zwar betonten die VerfasserInnen zu Beginn noch, dass sie weiter auf individueller Basis mit israelischen WirtschaftskollegInnen zusammenarbeiten würden. Die Folgen ihres Aufrufes entpuppten sich jedoch als offener Antisemitismus. So erhielt ein israelischer Autor der Zeitschrift "Political Geography“ seinen Artikel ungelesen zurück. Die Begründung lautete, dass Zuschriften aus Israel zukünftig nicht mehr berücksichtigt werden. Die Sprachwissenschaftlerin Mona Baker aus Manchester warf zwei israelische Mitarbeiter aus dem Beratungsgremium der von ihr herausgegebenen Zeitungen heraus. Auch sie ist eine Unterzeichnerin der Petition, deren persönliche Auslegung es ihr nun nach eigener Aussage unmöglich mache, mit "Repräsentanten israelischer Universitäten zusammenzuarbeiten“. Ihr Kollege, Michael Sinnott, bezeichnete Israel als "Spiegelbild des Nationalsozialismus“. Kurz darauf entschuldigte er sich: Er wäre so erzürnt über die "Kampagne der Presseaufwiegelung“ gegen seine Kollegin Baker gewesen, dass ihm das "herausgerutscht“ sei. Die angebliche Kampagne gegen seine Kollegin analysiert er für sich als Ergebnis einer jüdischen Verschwörung.

Unterstützung erfährt der Boykott auch von Seiten der Studierendenschaften, die für sich die Konsequenz daraus zogen, in einigen Menschen keine israelische Nahrungsmittel mehr zu nutzen und somit kein koscheres Essen mehr zu verkaufen. Mittlerweile haben israelische Studierende sogar Probleme jemanden zu finden, der ihnen ein Gutachten für ihre Diplomarbeiten schreibt. Im ersten Moment mag es noch verwundern welche Eigendynamik dieser Aufruf mit sich gezogen hat. In Wirklichkeit sind die geschilderten Reaktionen jedoch die logische Konsequenz. Der Aufruf polarisiert durch das Fehlen der relevanten Fakten einseitig zugunsten der PalästinenserInnen und weist antisemitische Züge auf, die die Vorstufe zum offenen antisemitischen Agieren sind.

Es geht um Israel

Der Boykott von Lehrenden aus Israel, die als VertreterInnen für die vermeintlichen "Verbrechen“ ihrer Regierung büßen sollen meint einen Boykott Israels als solches. Es handelt sich jedoch bei Israel nicht um irgendeinen Staat. Der Boykott richtet sich gegen den Staat, der historisch als Schutzraum vor Antisemitismus und für die von Antisemitismus Verfolgten gegründet wurde. Aus diesem Grund muss Israel unbedingt erhalten und als Konsequenz auch verteidigt werden. Diese Tatsache wird in dem Aufruf nicht nur ignoriert, zusätzlich wird Israel zu "ernsthaften“

Friedensverhandlungen aufgefordert. Diese Aufforderung unterstellt, dass einzig die mangelnde Friedensbereitschaft Israels das große Problem wäre, was es zu lösen gilt.

Unerwähnt bleibt die Existenz einer islamistischen Bewegung, die den Staat Israel in seiner Existenz und seit seiner Gründung 1948 auslöschen will. Aus diesem Grund reagieren islamistische Gruppierungen auf jede Friedensbemühung Israels mit Selbstmordanschlägen, deren einziges Ziel es ist, so viele jüdische Menschen wie möglich umzubringen.

Diese Tatsache wird nicht problematisiert, sondern in Israel ist für die Unterzeichnerinnen der Schuldige bereits gefunden.

Durch diese einseitige Darstellung wird Partei für eine antiemanzipatorische Bewegung ergriffen, deren Kern ein eliminatorischer Antisemitismus ist.

In der Petition wird weiter auf die UN-Resolutionen hingewiesen, an die Israel sich ihrer Meinung nach zu halten habe. Wer nur ein bisschen hinterfragt, welche Position die UN bezüglich Israel einnimmt kommt sehr schnell dahinter, dass diese nicht die objektive Instanz einnimmt, die ihr gerne zugeschrieben wird. 1975 wurde mit einer 2/3 Mehrheit verabschiedet, dass der Zionismus mit dem Rassismus gleichzusetzen sei. Diese Resolution wurde erst 1991 aufgehoben, jedoch folgten während des Scheiterns des Friedensprozesses einseitige Verurteilungen Israels. Ein gutes Beispiel für die Dominanz antizionistischer Positionen in der UN gab die UN im Rahmen der Konferenz 2001 in Durban. Denn dort wurde auf Bestreben der arabischen Staaten hin Israel als einziger Staat als ein "Apartheidsregime" deklariert. Kein Wort wurde darüber verloren, dass es sich bei Israel um den einzigen bürgerlich-demokratischen Staat in der Region handelt, der all den Menschen die unter totalitären islamistischen Regimen keine Chance haben, zum Beispiel Homosexuellen, eine Zuflucht bietet. Und natürlich wurden auch die Sicherheitsbedürfnisse Israels auf der Konferenz nicht berücksichtigt. Die Beschwerden der PalästinenserInnen dagegen schon. Das scheint den Verfasserinnen auch keine Erwähnung wert zu sein. Hinzu kommt dass dieser Boykottaufruf dem nationalsozialistischen Aufruf "Deutsche, wehrt euch-Kauft nicht beim Juden!" gleicht. Damals war der Boykottaufruf die Einleitung zum Holocaust.

Blick auf Deutschland

In Deutschland ist die Petition kaum auf Resonanz gestossen. Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften distanzierte sich davon und in Berlin unterzeichneten diese genau zwei Lehrende: Elvira Scheich von der Technischen Universität und David Evans von der Technischen Fachhochschule. Eine besondere Qualität hat diese Petition dennoch, da sie ein Spiegelbild für einen zunehmenden europäischen Antisemitismus ist. Aus diesem Grund muß dieser Aufruf trotz seiner geringen Resonanz in Deutschland auch und gerade hier ernstgenommen werden und die antiemanzipatorische Ideologie dahinter bekämpft werden.

Der Aufruf und die Unterschriftenlisten sind unter <http://pjpo.org.appelinst.html> zu finden.